Tages-Anzeiger

Neue Mission für Kolumbien

Die Schweizer Diplomatie ist in Kolumbien erneut gefragt. Foto: John Vizcaino (Reuters)

Die Schweiz soll in den Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der Guerillagruppe ELN mitwirken.Noch wartet das Aussendepartement auf eine offizielle Anfrage aus Bogotá.

Philippe ReichenGenf

Die Tinte auf dem Friedensvertrag zwischen der kolumbianischen Regierung und den Farc-Rebellen ist noch frisch. Und doch liegt der Vertrag wie geplant bereits im Schweizer Nationalarchiv. Staatssekretär Yves Rossier, der oberste Diplomat der Eidgenossenschaft, hat ihn Ende September in seinem Gepäck von Kolumbien nach Bern gebracht.

Offen ist, was das Papier wert ist. Das kolumbianische Volk hat den Vertrag in einem Plebiszit am 2.Oktober mit 50,2Prozent Nein-Stimmen überraschend abgelehnt. Kolumbiens Präsident Manuel Santos, der für den Farc-Deal den Friedensnobelpreis bekam, lässt ihn deshalb nachverhandeln. Parallel dazu wird Santos am 27. Oktober mit einer zweiten Rebellengruppe in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito Friedensverhandlungen starten, und zwar mit dem marxistisch orientierten, von Befreiungstheologen mit aufgebauten Nationalen Befreiungsheer, auf Spanisch Ejército de Liberacin Nacional genannt, kurz ELN.

Wie bei den Farc soll die Schweizer Friedensdiplomatie auch im Fall des ELN zu einem Friedensschluss beitragen. Gemäss dem kolumbianischen Erzbischof Daro de Jess Monsalve Meja, der den Rebellen nahesteht, ist die Schweizer Beteiligung beschlossene Sache. Mehrere Quellen versicherten dem TA, Kolumbien und das ELN hätten das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) informell angefragt. Bern warte nun auf eine offizielle Anfrage, welche die Rolle und die Aufgaben der Schweiz definiere. EDA-Sprecher Pierre-Alain Eltschinger sagt: «Die Schweiz ist bereit, die beiden Parteien zu unterstützen - wenn sie die Schweiz darum bitten.»

Guerilleros fliehen aus Genf

Schweizer Diplomaten und Unterhändler kennen das ELN bestens. Sie pflegen zur Guerillaorganisation seit Jahren enge Beziehungen - vor Ort in Kolumbien, aber auch in Bern in der EDA-Abteilung für menschliche Sicherheit, wo ELN-Vertreter, die einst als politische Flüchtlinge in die Schweiz kamen, regelmässig vorsprechen. Die Kontakte mit aufgebaut hat der Genfer Politologieprofessor Jean-Pierre Gontard. Er war von 1998 bis 2001 im Auftrag des EDA in Verhandlungen mit dem ELN involviert. 2001 organisierte Gontard eine Friedenskonferenz in Genf, zu der er die Kommandanten der Guerilleros unter dem Schutz der kolumbianischen Regierung einfliegen liess. Der Anlass, von dem sich manche viel erhofften, endete mit einem Fiasko. Einen Tag vor Beginn der Hauptverhandlung in Genf überfielen Paramilitärs in Kolumbien das Hauptquartier des ELN. Die Rebellen flohen nach Hause.

Gontard war vor allem in Kolumbien aktiv. Die kolumbianische Regierung liess ihn und Viktor Christen, von 2000 bis 2004 Schweizer Botschafter in Bogotá, regelmässig im Helikopter zu Verhandlungen in den Dschungel fliegen. Ihre Mission war abenteuerlich. Statt Krawatten trugen Gontard und Christen kniehohe Gummistiefel und blickten in die Gewehrläufe patrouillierender Guerilleros. Ihre Aufenthaltsorte kannten sie nie.

Einmal verhandelten die Schweizer und weitere Diplomaten mit dem ELN gar in einer Hütte, die als Schule diente, als plötzlich eine mehrere Meter lange Python auftauchte und die Diplomaten in Angst und Schrecken versetzte, wie Eingeweihte berichten. Die Episode ging glimpflich aus. Die Flüge in den Dschungel wurden ohnehin bald eingestellt. Kaum war Álvaro Uribe als Präsident gewählt, würgte er den Friedensdialog

ab und bekämpfte die Rebellengruppen mit Waffengewalt.

Doch die Schweizer Botschafter in Kolumbien pflegten in den vergangenen Jahren die engen Beziehungen zum ELN weiter - auf Geheiss aus Bern und zum Schutz der Genfer Konventionen. In Seminaren und Gesprächsrunden bearbeiteten die Diplomaten die Verbindungsleute der Guerilleros, darunter katholische Geistliche, damit das ELN die Entführungen von Zivilisten einstellt. Auch die vom EDA mitfinanzierte Nichtregierungsorganisation Geneva Call hat enge Beziehungen zum ELN. Zunächst ging es gemäss ihrem Sprecher Nicolas Sion um die Verwendung von Antipersonenminen. Zwischen 2003 und 2007 stellte die NGO zwischen inhaftierten ELN-Wortführern und der kolumbianischen Regierung den Austausch über humanitäre Themen sicher. Auch aktuell steht sie mit den Bürgerkriegsparteien in Kontakt und engagiert sich zum Schutz der Zivilbevölkerung dafür, dass das ELN in die Entfernung von Antipersonenminen einwilligt.

Konkurrent Norwegen

Absehbar ist, dass die am 27. Oktober beginnenden Friedensgespräche mit dem ELN noch längern dauern als jene mit den Farc, die sich über dreieinhalb Jahre hinzogen. Das ELN ist ideologisch nämlich weit weniger geeint als die Farc. Dies beobachtet auch SP-Nationalrat Carlo Sommaruga. Der Genfer Aussenpolitiker, der seit seiner Jugendzeit enge Beziehungen nach Kolumbien hat, sah schon vor zwei Jahren das Potenzial für Verhandlungen und gelangte in dieser Sache an Staatssekretär Yves Rossier. Dieser habe zurückhaltend reagiert, erinnert sich Sommaruga.

In der Zwischenzeit hat Norwegen, das auch bei den Farc-Verhandlungen von Anfang an als Garantiestaat dabei war, mit seiner aktiveren Friedensdiplomatie die Hauptrolle in den Vermittlungsversuchen übernommen. Als Konsequenz davon muss sich das EDA darauf einstellen, dass die Schweiz trotz bester Beziehungen zu den Bürgerkriegsparteien und trotz grosser finanzieller und personeller Investitionen im neuen Friedensprozess wohl nur eine Nebenrolle spielt. So, wie es schon bei den Verhandlungen mit den Farc der Fall war.

Die Schweizer Diplomatie ist in Kolumbien erneut gefragt. *Foto: John Vizcaino (Reuters)*

(C) Tagesanzeiger. Alle Rechte vorbehalten.